**Zeitschrift:** Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

**Band:** 8 (1928-1929)

**Heft:** 5-6

Rubrik: Politische Rundschau

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 20.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Künstler aber ganz besonders. Ihm bleibe nichts als die Flucht in die Natur. Und die ganze Herrlichkeit dieser Natur liege in diesen Gedichten. Es sind die zauberhaften Naturbilder, welche von der Oberwelt her gleichsam ihren innern Klang in das Grab hinunterwerfen und jene andern, welche in der fliegenden Rückerinnerung bes Begrabenen auf= tauchen und vorüberfliehen. Sie alle sind bei Schoeck aufs wunder= samste Musik geworden, und trop all des Furchtbaren, Tragischen, Grauenhaften der Situation und der Bertonung, klingen sie im Gemüt bes Hörers lange nach, sodaß der lette Nachhall des Werkes doch nicht ein düsterer oder bedrückender, sondern ein beglückender, befreiender ift. über die Schrecken des Grabes siegt die innige Liebe zur Heimat.

# Politische Rundschau

## Bur politischen Lage.

Begzeichen der frangofifchen Politit. - Die englisch=frangofifche Ginigung. -Die Stellung Deutschlands.

"Es fann fein, daß man die Rolle des deutschen Geldes und der deutschen Propaganda beim Aufblühen des eljäffischen Autonomismus übertrieben hat." Das verfündet heute Maurice Muret in der "Gazette de Laufanne" den gleichen Befern, benen er früher gang andere Dinge gum Beften gegeben hatte. Man barf wohl also jest annehmen, daß auch die französischen Nationalisten es aufgeben. Deutschland für die Lage im Essaß verantwortlich zu machen. Aber viele Monate lang hat man diese Behauptung immer als Beweiß für den schlechten Willen Deutschlands aller Welt verfündet und teilweise nicht ohne Erfolg.

Dafür hat man in Paris nun eine andere Platte in den Leierkasten ein= gelegt. Diesmal entset man sich mächtig über die Gefahren des "Anschlusses", welche Bezeichnung wohl jett endgültig ihren Eingang in den französischen Sprachschaß gefunden hat. Das Wiener Sängerfest und die Rede des Reichstagspräsidenten Löbe mußten den Anlaß dazu bieten. Nun geben zwar die großen politischen Ereignisse gewöhnlich heute nicht mehr von den großen Volks= festen aus, wie in einer frühern Periode unserer schweizerischen Geschichte. Und ebenso ist eine Anschlußrede Herrn Löbes durchaus nichts Neues mehr. Er hat deren seit Jahren schon viele gehalten und ist inzwischen doch wieder freundlichst in Baris empfangen worden. Und fein Menich in Ofterreich oder Deutschland hat wohl gerade von diesem Anlasse eine praktische Förderung des "Anschlusses" erwartet. Das hat man sicher auch in Paris gewußt. Tropbem aber hat man bort in der gesamten Presse, die der Linken voran, einen gewaltigen Lärm geschlagen. Und so weit ber Einfluß der französischen Pressemache im Auslande reicht, hat man schleunigst in dieses Lied eingestimmt. Man hatte glauben tonnen, der europäische Friede fei von der unmittelbarften, schwerften Gefahr bedroht.

Gleichzeitig liest man in den deutschen Blättern wieder von allen möglichen Reibereien in den Rheinlanden. Die Besatzung scheint es wiederum darauf abgesehen zu haben, die Bevölkerung durch manche kleinliche Schikane zu reizen. Und hie und da kommt es sogar zu einem ernsteren Zwischenfalle. Auch wird von deutscher Seite über die starke Spionagetätigkeit der im besetzten Gebiet untergebrachten französischen Polizei geklagt, eine Spionage, die sich sowohl gegen die militärische wie gegen die wirtschaftliche Stellung Deutschlands richtet. Man gewinnt aus diefen vielen Rleinigkeiten insgesamt boch den Gindrud, daß. es den Besatzungsbehörden nicht mehr besonders daran gelegen sei, die Tatsache der Besetzung möglichst wenig empfindlich zu machen. Zeitungsverbote, Bersammlungsverbote, neue Einquartierung, Manöverschäden der Landwirtschaft, Behinderung der Industrie u. j. w. müssen diesseits und jenseits des Rheins bei der deutschen Bevölkerung aufreizend wirken.

In denselben Zusammenhang muß auch die Entwicklung in Belgien gestellt werden. Dort wird seit vielen Wochen in der Kammer über die neue große Militärvorlage gestritten. Die Dienstzeit wird im belgischen Heer sür einen großen Teil der Mannschaft wesentlich verlängert. Für die Ausrüstung des Heeres sollen sehr hohe Summen ausgeworsen werden. Und gleichzeitig wird an der Ostgrenze ein neues Festungssystem aufgebaut. Wenn man bedeuft, daß in Brüssel nichts ohne die Zustimmung oder die Ausstoreung von Paris geschieht, so muß man auch diese Maßnahmen in den Kahmen der französischen Politik hineinstellen.

Was geht nun aus alle dem hervor? Ich will vorsichtig sein und bloß sagen: Man darf daraus schließen, daß man sich in Paris darauf vorbereitet, den Locarnokurs nötigenfalls wieder mit einem andern zu vertauschen. Daß eine gegen Deutschland gerichtete Politik Poincaré persönlich besser passen würde als der bisherige Aurs Briands, das steht wohl außer Zweisel. Ob man allerdings offen von der Locarnopolitik abgehen wird, das ist eine andere Frage. Viel wahrscheinlicher ist es, daß Frankreich einsach das strikte sesthält, was es heute noch in seinen Händen hat, oder wenigstens im Tausch dafür möglichst viel zu erhalten sucht.

\* \*

Auf die endgültige Gestaltung der französischen Politik wird natürlich die Gesamtentwicklung in Europa den entscheidenden Einfluß ausüben. Die Zeiten sind ja vorbei, wo sich Frankreich erlauben konnte, ganz unbekümmert auf eigene Faust vorzugehen. In dieser Gesamtentwicklung aber liegen ebenfalls viele Anzeichen dafür vor, daß für Deutschland in nächster Zeit nicht viel zu erwarten ist. Maßgebend dafür ist in erster Linie die Haltung Englands. Und über die

Maßgebend dafür ist in erster Linie die Haltung Englands. Und über die kann heute kaum mehr ein Zweisel bestehen. Chamberlain ist ofsenbar heute ziemlich frei, die ihm am besten passende frankreichsreundliche Richtung einzusschlagen. Einen Beweis dafür liefert das Flottenabkommen, über dessen Inhalt man immer noch nichts Sicheres weiß. Die Einigung wird sich aber nicht nur auf die Rüstungen zur See beschränken, sondern wird ein viel größeres Prosgramm umfassen. Darin wird einmal die Aufrechterhaltung der Rheinlandsbesahung eine Rolle spielen. Zur Unterstreichung der Einigung in diesem Punkte ist wohl die Teilnahme britischer Truppen an den sowieso in Deutschland als eine Herausforderung empfundenen großen französischen Manövern im besetzen Gebiet angeordnet worden. Sbenso werden sich die Franzosen und Engländer über ihre Haltung im Osten geeinigt haben. Schon längere Zeit ist die engslische Politik gegenüber Polen erheblich freundlicher als früher. Das scheint nun noch stärker betont werden zu sollen als disher. Die Rückwirkung spürt in erster Linie Litauen, das jeht bei England gar keinen Kückhalt mehr hat. Man wird ja das im September in Gens deutlich genug sehen. Und auch auf dem Balkan schritte in Bulgarien zu Gunsten Südslawiens zeigen.

Die ganze englisch-französische Einigung wird im Grunde darauf hinauslaufen, den heutigen Zustand in Europa möglichst unverändert zu wahren. Das heißt natürlich in erster Linie, daß man den Deutschen nur so viel nachgeben will, als unbedingt nicht zu umgehen ist. Müssen am Rheine einige Zugeständnisse gemacht werden, so soll Frankreich dafür entsprechend entschädigt werden. Diese Haltung weicht einigermaßen von der früheren englischen Politik ab. Denn damals vertrat England noch die Meinung, daß in Europa noch verschiedenes zu Gunsten der besiegten Gruppe abgeändert werden müsse, damit ein einigermaßen tragfähiger Zustand hergestellt werden könne. Dieser Meinung ist auch heute noch die englische Linkspresse. Aber offiziell hat man sich mit Frankreich anders geeinigt, mit Frankreich, das immer nur schrittweise nach heftigem Widerstand zu einem Nachgeben zu veranlassen war und das heute zu einem neuen Nachgeben keine Notwendigkeit mehr sieht. Was England dafür in Paris als Gegenleistung ausbedungen hat, das wird man wohl in einiger Zeit merken.

Nun ist freilich noch sehr die Frage, wie weit England auf diesem Wege nun zu gehen gedenkt. Es ist ja zweifellos, daß dadurch in Mitteleuropa neue Spannungen entstehen müssen. Ein allzu forsches Vorgehen würde also gar nicht in die englische Politik hineinpassen. Aber schon überhaupt das Einlenken auf diesen Weg hat den politischen Simmel Europas erheblich verdunkelt. Vielleicht geben ihm die allmählich heranrückenden englischen Neuwahlen dann wieder eine hellere Farbe.

\*

Einigermaßen in der Klemme sitt unter diesen Umständen die mit so großer Mühe zu Stande gekommene neue deutsche Linksregierung. Es ist eine Fronie des Schicksals, daß die neuen Spannungen gerade dem sozialdemokratischen Kanzler entgegentreten müssen. Die deutsche Linkspresse hat ja alles Heil in der Außenpolitik immer nur von der Regierungsbeteiligung der Linken erwartet und verkündet. Jest ist Gelegenheit, die Richtigkeit dieser Behauptung nach-

zuweisen.

Es zeigt sich eben jett, wie ungünstig im Grunde genommen die politische Lage Deutschlands immer noch ist. Die eigenen Machtmittel sind zu gering, um entscheidend in die Wagschale fallen zu können. Da kommt viel auf die Rückensbeckung im Osten oder besser auf die Möglichkeit eines Anschlusses nach dem Osten an. Um Deutschland davon abzuhalten, sich gänzlich nach Osten zu richten, haben die Westmächte ja schon hie und da einen Schritt nachgegeben. Gerade heute aber steht Rußland nicht sehr hoch im Kurs. Der frühere Nimbus der Macht der Bolschewiken hat einigermaßen nachgelassen. Und außerdem traut man dem Trennungsstrich zwischen Deutschland und Rußland — Polen — unter Pilsudstis Führung etwas mehr zu als früher. Das zeigt das auffällige Intersesse Englands an dem Wohlergehen Polens. So hat offenbar eine Wendung Deutschlands nach Osten heute für die Westmächte nichts so Unangenehmes mehr wie auch schon. Das schwächte die Stellung Deutschlands.

Auf der andern Seite festigen sich die Verhältnisse Frankreichs immer mehr. Die Nöte in den Kolonien, die eine Zeit lang so großen Umsang ans genommen hatten, sind vorbei. Der Rleinkrieg, von dem man hie und da noch hört, ist ja in dem großen französischen Kolonialreich etwas Alltägliches und durchaus Gewohntes. Es schadet auch nichts, wenn dabei eine Anzahl Fremdenslegionäre draufgehen. Dieses Menschenmaterial ist billig. Mit dieser Bestuhigung in den Kolonien ist Frankreich eine starke Hemmung los geworden. Und noch viel wichtiger ist der Fortschritt auf sinanziellem Gediet. Mit der Stabilisierung des Frankens ist auch hier ein gewisser Abschluß erreicht. Der schwere Druck, der auf dem Lande lag, beginnt zu weichen. So sind die Haupts

schwächen in der französischen Stellung beseitigt.

Die Folgen sind naturnotwendig. Bar früher Frankreich inmitten seiner Röte bereit, hie und da nachzugeben, so hört das jest auf. Die französische Politik hat ihre Bewegungsfreiheit in erheblichem Maße zurückgewonnen, wenn auch immer noch die bedeutsame amerikanische Fessel vorhanden ist. Mit Neu-York und Washington muß man in Paris rechnen. Aber Italien und Deutschsland gegenüber ist der Ton wieder anders. Den Italienern, die immer lauter wurden, hat man mit der ersten großen Flottendemonstration seit dem Krieg einen Wink gegeben. Das weitere besorgt die französische Presse. Und Deutschsland gegenüber steht es nicht anders. Man braucht nicht mehr nachzugeben. Wenn man es trozdem noch tun will, so wird dafür wenigstens eine greisbare Entschädigung verlangt.

Was soll die deutsche Regierung unter solchen Umständen tun? Sie hätte natürlich einen Schritt vorwärts am Rhein bitter nötig. Sie wird auch alles aufbieten, um diesen Schritt erreichen zu können. Es wird also in Baris und später in Genf recht interessante Berhandlungen hinter den Kulissen absehen. Ob aber dabei viel herausschauen wird? Die deutsche Regierung wird für Zusgeständnisse am Rhein nicht mehr viel bezahlen wollen, da sie der Ansicht ist, daß die Zahlung längst in ausreichendem, ja mehr als ausreichendem Maße gesichehen sei. Die Franzosen dagegen haben einen ganzen Wunschzettel, den sie erst ersüllt sehen möchten, bevor sie am Rhein zurückgehen. Bas soll da herausstommen? Höchstens ein fauler Kompromiß!

Marau, ben 18. August 1928.

heftor Ammann.

## Ueber Bureaukratie und politische Persönlichkeit

bei Anlag ber Schrift Carl Horbers "Die schweizerische Politit".\*)

Carl Horbers Buch über die schweizerische Politik bringt die Kritik an der bureaukratischen **R**egierung und die Borschläge für eine sachlichere und lebensnähere Staatsverwaltung auf dreihundert Seiten mit solgenden Abschnitten: Unter "Organisationsmethoden" wird das Heraussuchen des Tüchtigen illustriert für Birtschaft, Wissenschaft, Politik und gezeigt, wie das Finden des Mannes, der die gegebene Aufgabe wie kein anderer versteht, sich in jedem, auch dem geringsten Falle, dietet. Dem steht die bureaukratische Methode gegenüber, die Arbeitskräfte verschwendet oder nicht zur Betätigung kommen läßt, Reglemente an Stelle des sesten, sachfundigen Eingriffs sest. Mit dem Reglement ist der Beamte "gedeckt", das Reglement besiehlt, nicht er. Die Verantwortungslosigkeit ist gezüchtet, Kommissionalismus, Aktenschieden und Sekretärwirtschaft beherrschen die Regierungsmethoden. Als die "Befreiende Organisation" beschreibt der Verschisser die personale, personlich verantwortliche Regierung. Sie wird möglich vor allem durch die Delegation der Verantwortung an Personen in untersgeordneter Stellung. Für jede abgrenzbare Aufgabe ein Mann. Dieser wird seinerseits abgrenzbare Teile seiner Aufgabe an andere dezentralisieren. "Der Untere entschete, nach oben wird nur berichtet." Die Aussicht, persönlichen Kontakt. Mitarbeiter sind dann alle, keiner ist geknechteter Agent eines Reglesments.

Unter "II. Struktur ber Eidgenoffenschaft" sieht Horber bei uns die Bureaufratie im vollen Umfang am Ruder und die Segnungen der personalen, befreienden Organisation nur in einzelnen, meist der Privatwirtschaft angehörenden Fällen. Mit einer Fülle von Beobachtungen aus der Politif der letten breißig Jahre, die noch allen in Erinnerung sind, und mit einer Masse von Zitaten aus dem stenographischen Bulletin der Bundesversammlung und andern Orten werden die Mißersolge der bureaukratischen Politik und Einstellung gebrandmarkt und bis zur Bitterkeit angeklagt. Das Bolk ist zu Scheinlösungen überredet worden unter Berheimlichung von Tatfachen (Bölferbundsabstimmung, Alkoholkampagne, Oberstenaffäre). Die Intellektuellen unserer Verwaltung miß= trauen dem Bolk, sie vertuschen ihm den wahren Sachverhalt zu häufig. Einem tapferen Bolk ist damit der freie Kontakt mit der Regierung, wie ihn nur die Landsgemeinde böte, verschlossen. Die Gesetzesverwerfungen der letten Zeit sind nicht Fehler bes Volkes, sondern der Magistraten. Aufgabe des Souverans fann nicht fein, über ein Gifenbahngejet mit allen möglichen Details abzustimmen und sich so zum eigenen Ober-Bureaufraten zu machen. "Bis jest hat sich unser Bolt die Sache nur zu tompliziert gemacht. Es denkt und redet bei feiner Aufgabe zu viel. Die richtige Entscheibung ber oberften Staatsfragen ift weniger eine Frage ber Intelligenz und bes Rebens als eine folche ber Lebensauffaffung bes Entschlusses." — In ber Bundesversammlung herrscht Abvokatenmentalität, b. i. ber Beift ber Unwälte bes eigenen Intereffes. Es tritt eine

<sup>\*)</sup> Verlag Arnold Bopp & Co., Zürich, 1928.

besondere Art des Intellektualismus, nämlich die Rechtsideologie (Reglementiererei) anstelle der Rechtsidee vom Rechtsstaat. Das Budget wird zur Farce, weil die parlamentarische Kontrolle versagt, das Berbot der Birements wird umgangen, Schiebungen zwischen außerordentlicher und ordentlicher Rechsung seine möglich geblieben. "Die parlamentarischen Kommissionen sind Mitzund Hauptschuldige eines verhängnisvollen Systems. Es bedeutet nichts mehr, wenn das Parlament unsere Regierung deckt. Indem Nationalräte und Ständeräte sür den angegrifsenen Bundesrat eintreten, reden sie de facto sür sich selber." Horbers Lösung der Organisationsfragen besteht wesentlich in der Einsührung der Wahl einzelner Persönlichseiten, statt der Listenwahl. Ein Wahlstreis schießt einen einzigen Vertrauensmann in das Parlament, der sich deshalb viel stärfer verantwortlich sühlt. Ebenso bedürsen wir des vom Bolf gewählten Bundespräsidenten, eines Sachwalters des Bolkswillens, der die Bundesräte (Departementssaminner) der Bundesversammlung aussucht und in Wahlvorschlag bringt und außerdem jede Frage vor Parlament oder Bolf ziehen kann. Der Landammann, wie ihn Horber nennt, hätte also vor allem sichernde Virtung und stellte Regierung, statt bloße Verwaltung dar. Nach den Kapiteln über den Bundesrat widmet der Versässer einen Abschnitt dem Landammann, den Despartementen, insbesondere dem des Außern, den Gerichten und den Selbstvers waltungskörpern, d. h. den Kantonen und Gemeinden und den "Korporationen" der Eisenbahn, der Post ze.

der Cisenbahn, der Post 2c.

Der III. Abschnitt des Buches bringt die "Politischen Aufgaben": Besvölkerung, Wirtschaft, Staatsfinanzen, Militär und Außenpolitik. Auf allen diesen Gebieten wird ausführlich die Schwere der Versehlungen und die Größe der Aufgaben besprochen. — So viel als Angabe des Inhalts von Carl Horbers Schrift.

Das Werk ist nicht frei von Subjektivitäten, von mehr persönlich gemeinten Anklagen und von dem subjektiven Bedürsnis, den Kropf zu leeren. Die umsassenent, wenn auch zu oft vom Wissen um abgelegene Dinge beschwert. Die Folgerungen springen von den Bereinigten Staaten Europas zum schweizerischen Zivilgesetbuch oder von der Verschuldung bei Nestlé zu den Ersahrungen Philipps von Mazedonien, des Vaters Alexanders des Großen. Aber es macht nichts, alles sördert beim Leser das Gefühl für das, was man den Universalismus nennt. Gelegentlich wird das Buch zur billigen Philosophie, die einsach sa gt, was im Gegensatz zu den Mängeln das Beste ist oder die eine ganz neue Bewegung, wie die Elektrizitätswirtschaft, hinterher kritisiert, während sie gerade wegen ihrer Neuheit Jrrwege gehen mußte. Horberd Vitissert, während sie gerade wegen ihrer Neuheit Frwege gehen mußte. Horberd Such ist insosern von sehr volkstümlichem Charakter, wenn auch nicht im besten Sinn, hat im ganzen unsbedingt recht und wird weithin Zustimmung sinden. Es ist ein Markstein in der schweizerischen Abwendung von den Frrümern des ausgehenden 19. Jahrshunderts. Bureaukratie ist die Erbschaft der neuern Entwicklung, Regierung der Person ist unsere Ausgabe.

Das Krebsübel unseres Staatslebens kann man auf verschiedene Weise bezeichnen. Mit Horber kann man es auch den Bureaukratismus nennen. Bureaukratismus ist die Karikatur der rechtsstaatlichen Verwaltung. Sie will alle gleich behandeln und erreicht das am ehesten mit der Aufstellung und Handhabung eines Reglements; während wir es längst müde sind, über einen Leist geschlagen zu werden, während kein lebendiges Geschäft die "Erledigung" durch Reglement verträgt. Man empfindet immer schmerzhafter, daß der Staatsbetried sich weiter und weiter von den vernünftigen Methoden des Privatlebens, insbesondere der Privatwirtschaft, entsernt. Immer größer wird das Bedauern, daß die "Staatslichkeit" eines Instituts oder eines Versahrens stets wie eine Entschuldigung klingt für Langsamkeit und Lebensferne. Die Reglementiertheit bewirkt diese nachteiligen Sigenschaften. Das Reglement schafft einen Mechanismus. Auch da, wo, wie bei den Bundesbahnen, ein im höchsten Sinn lebendiger Organismus bestehen sollte.

Schaffung und Handhabung der Reglemente geschieht durch Intellektuelle. Statt des produktiven Eingriffes (im Falle der Wohnungsnot durch normalisierte Bauten) wurden Berbote erlassen (Mieterschut). Die intellektuelle Behörde ars beitete eben mit dem Kopfe allein, ohne die Situation der Bürger zu der ihrigen zu machen. Lebten die Intellektuellen nicht nur mit dem Kopfe, sondern mit Leib und Seele, so wäre ein ganzer Eingriff erfolgt, die Mithilfe. Der richtige, altväterische Landesherr oder vielleicht auch der Faschist hätten an nichts anderes gedacht, als an den Wohnungsbau. Die Intellektuellen schaden nur dann nicht, wenn sie unter ganzen Persönlichkeiten deren bestimmte Aufträge mit Sachskenntnis durchführen.

Die Abhilse gegen Bureaukratie und Reglement bestehen zweisellos in ber übergabe der Gewalt an ganz interessierte, ganz verantwortliche Männer. Bei Horber nimmt der Gedanke für die Schweiz nähere und bestimmtere Gestalt an. Die Kollegialbehörden sind durch eine Hierarchie Einzelner zu ersehen. Obschon sich "unsere Führer fürchten, dem Bolk offen zu sagen, daß seine ideologische Auffassung von Demokratie mit wahrer Demokratie nichts zu tun hat" (Horber), weil nämlich Kollegialbehörden nicht immer demokratisch sind und Einerverantswortung nicht auf seden Fall undemokratisch ist. Im Einerspstem hätte ja immer ein Beamter versügt und nie ein Reglement und nie wäre es "das Bureau", das die und die Meinung oder jenes Interesse verritt.

Der vom Bolk gewählte Landammann ist vielleicht der (gesetliche) Diktator, den wir brauchen. Wir hatten die Ariegserschütterung nicht, die den revosutionären Diktator hätte emportragen können. Es entspräche unserer Lage, auf gesetzeberischem Wege die Regierungsmethoden zu ändern. Der Landammann wäre unsere politisierende Persönlichkeit ohne Departement. Entscheidend für richtige Funktion ist die Volksnähe dieses Mannes. Wenn er also erkennt, was am Volkswillen Ausdruck einer Notwendigkeit und was bloßer Gelegenheitswunsch, Undisziplin ist. Die fast ununterbrochenen Gesetzesverwerfungen der letzten Zeit sind nicht alle auf Fehler der Magistraten zurückzusühren, sie waren sehr oft Ausdruck einer Undisziplin der wirtschaftlichen Interessen. In wirtschaftlichen Dingen sieht der Einzelne noch zu sehr auf seinen kleinen, nächstliegenden Vorteil.

Und hier liegt nun das Fragliche an der bei Horber schon recht klar erfaßten Berwaltungsreform. Es fragt sich nämlich, ob die Berwaltungsreform etwas nutt oder ob sie auf die Dauer wirksam bleibt ohne Reform der Pragis, ohne Organisation des Wirtschaftslebens. Ware auch die Berwaltung eine persönliche geworden und aus lauter Einzelverantwortungen aufgebaut, so stände der Beamte gleichwohl vor einer unbekannten, unfaßbaren, feindlichen Praxis ber wirtschaftenden Burger. Auch in unserem fleinen Land sind die Berhältnisse zu groß und unübersichtlich, um patriarchalisch regiert zu werden. Was ein Landvogt konnte, ist einem Regierungsstatthalter schon nicht mehr möglich, nämlich die Teilnahme am Geschick und Werden des Einzelnen oder der einzelnen Unternehmung. Gegenüber einer unfaßbaren und also undurchsichtigen Masse von Erscheinungen und Lebensformen half bisher nur das Reglement. Mit diesem Mittel kann man hinterher einen Fall, wenn er auch unerwartet zur behördlichen Behandlung kommt, doch einreihen und (nach Reglement) beurteilen. Wenn wir aber heute das nicht mehr wollen und die "Fälle" zum vornherein staatlich meistern möchten, so muffen alle Individuen derfelben Lebensart ober Arbeit in einem Punkt zusammentreffen und faßbar sein. Kagbar wird die Braxis, vornehmlich die Wirtschaftspraxis, nur in Fachkorporationen und ihren Verantwortlichen. Kurz, wenn die lebendige, perfonliche Staatsverwaltung kommen foll, so muß ihr der Kontakt mit dem hintersten Burger zum vornherein sicher und jederzeit vollziehbar sein durch eine Organisation auch der Privaten. Die Intensivierung des Staatslebens auf den besprochenen Wegen muß also auf Rosten des "laissez faire" gehen und kann "nur" dem Geiste nach liberal bleiben. Das bürfte allerdings vollständig genügen. Erreicht wäre aber mehr und Wertvolleres, als was vielleicht in Abgang kame: der verhängnisvolle Unterschied zwischen Privat- und Allgemeininteresse wurde verringert, die Art und Form der beiden Lebensweisen angenähert zur Ginheit und eben badurch intensiver. Berade mit

ber ausgebilbeten Berkehrswirtschaft wird die bureaukratische Methode immer weniger nachkommen und die personale Zusammenfassung muß die Gegenseitig= keit und Einheit von Staats= und Privatleben bringen.

Bern.

Anton Mofer.

## Rultur- und Zeitfragen

## Über die Erhaltung von Kunstdenkmälern.

In eine große Stusensolge können die Anschauungen geordnet werden, die die Menschen über das Schöne und die Kunst hegen. Auf der untersten Stuse steht etwa ein Anachoret in der Thebais, der die Schönheit als teuflische Lockung meidet und verabscheut, wenn man nicht den gleichgültig-nüchternen, nur auf Rühlichkeit gerichteten Spießer auch an diese Stelle versehen will, sür den das Schöne überhaupt nicht, nicht einmal als Lockung besteht. Bon dieser Einstellung gibt es eine ganze Stusenleiter von Wertungen die hinauf zu der rein ästhetischen Weltanschauung, die überhaupt nur mehr einen ästhetischen Wert kennt oder alle andern diesem unterordnet, wo die Welt selbst und alles in ihr als eine Art Kunstwerk angesehen wird, wie etwa in der deutschen Romantik, oder wo die sinnlich-ästhetische Empsindung als höchster, wenn nicht einziger Wert erscheint. So bestehen über das Schöne die mannigsaltigsten übergänge der Meisnungen, von Verachtung, Haß, Gleichgültigkeit zur üblichen Einschänstlichen Liede und Hingabe, die letzendlich zur ekstatischen Ausschäftlichen Giede und Hingabe, die letzendlich zur ekstatischen Ausschäftlicheit der Geltung des Schönen, sei es in metaphysischer oder sensualistischer Aussprägung, führt. Es ist klar, daß sich diese verschenen Meinungen auch äußern, wenn es sich um die Frage der Erhaltung des Schönen und seiners Riederschlages, des Kunstwerfes, handelt, wobei die Bertreter eines extremen ästhetischen Sensualismus bei ihrem dauernden Jagen nach neuen Eindrücken und Reizungen durchaus nicht im Sinne der Erhaltung eines vorhandenen Kunstwerfes gestimmt zu sein brauchen.

Die Überlieferung bes Kunstwerks an die Jukunft ist auf allen Gebieten der Kunst ein Problem. Aber es zeigen sich dabei doch große Unterschiede bei den verschiedenen Arten der Künste. Die redenden und musikalisch-rhythmischen Künste leben ja nur in Wort, Ton und Gebärde; was von ihnen ausbewahrt wird, Schrift und Noten, sind lediglich Fixierungsmittel, die ihre Wiederverlebendigung ermöglichen. Auch gegen diese Ausbewahrungsmittel kann sich die Ungunst der Elemente, z. B. Brand oder auch der Haß wenden, der die Erzeugnisse einer ihm seindlichen Geistesrichtung zu vernichten strebt, wie dies ja auch mehrsach aus der Geschichte überliesert wird. Aber die Gesahr der Bernichtung ist hier wesentlich geringer, da diese Haßausbrüche wie auch die elementaren Ereignisse lokalisiert sind, während die Kunstwerke dieser Art durch mehrsache Wiederholung ihrer Fixierung gesichert sein können. Ganz anders liegt hingegen die Sache im Gebiete der bildenden Künste, also in den Gebieten der Malerei, Bildhauerkunst und Architektur, wo das Kunstwerk nur einmal und zwar raumerfüllend vorhanden ist. Hier entsteht das Problem der Erhaltung des Kunstwerkes in Kaum und Zeit in voller Schärse. Einmal erhebt sich die Frage nach seiner Existenz in der Zeit, d. h. nach der Einwirkung des Zeitablaufs auf seinen Bestand und zwar in den verschiedensten Kunst von Wenschanden. An zweiter Stelle ist sür das Wert der bildenden Kunst von Wenschaftlicher Art, Woderichtungen und Stilwandlungen. Sier bedrohen seinen Bestand Wandlungen wirtschaftlicher Art, Verkehrsbedürsnisse, ontsteht die Forderung, daß das Alte der